

**WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG
DURCH
SOZIALSICHERUNG UND GESUNDHEITSVERSORGUNG:**

**Am Beispiel der Sozialeinkommen
in
Nordrhein-Westfalen**

1. „Lohn-Nebenkosten“: Ein verfassungspolitisch und gesamtwirtschaftlich bedenklicher Slogan

Die Rede von den zu hohen „Lohn-Nebenkosten“ ist zu einer regelrechten Grundwahrheit politischer Talk-Runden und anderer gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Verkündungsforen geworden.

Dabei muss man sehen, dass es mit der für unsere Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so grundwesentlichen Tarifautonomie überhaupt nicht zusammenpasst, wenn unter der Tarnbezeichnung „Senkung der Lohn-Nebenkosten“ der Preis der Ware Arbeit, die Bruttolöhne zu wesentlichen Teilen politisch manipuliert und administrativ fixiert werden sollen.¹

Man sollte aber auch durchaus einmal verfassungspolitisch und verfassungsrechtlich nachmessen, wie weit sich die Mehrheit der politischen Klasse und des journalistischen Establishments mit ihrem Dogma von der „Senkung der Lohn-Nebenkosten“ mittlerweile auch schon vom Grundgesetz entfernt haben.

¹ Vgl. hierzu auch Bofinger Peter: Wir sind besser als wir glauben: Wohlstand für alle, München 2005, S. 177 ff.

Vielsagend ist hier das ordnungspolitische Zetermordio, das beim europamehrheitlichen „Mindestlohn“ angestimmt wird. Wie man sieht: Staatliche Lohnpolitik, Administrierung des Preises der Ware Arbeitskraft ist gut, wenn es etwas abzusenken gibt und sie ist nur schlecht, wenn noch niedrigere Löhne dadurch schwerer gemacht werden.

Vor allem aber muss man sehen, dass die Lohnkosten im wesentlichen Bereich der Wirtschaft, d.h. im verarbeitenden Gewerbe, schon nur noch circa 25 Prozent der Gesamtkosten ausmachen und dass sich die vielbejammerten Lohn-Nebenkosten der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung gerade einmal auf 1-2 Prozent der Gesamtkosten im verarbeitenden Gewerbe belaufen.²

Der gesamte Lohn-Nebenkosten-Dauersingsang hat so gesehen gesamtwirtschaftlich gar keine rechte Bedeutung. Dass dieses gleichwohl ordnungspolitisch höchst riskante Dogma jahrausjahrein gleichwohl hartnäckig gepredigt wird, hat offensichtlich vor allem auch außerökonomische, höchstpolitische Gründe, wie sich am Ende dieser Darstellung zeigen lassen wird.

² Vgl. Braun et al.: Das Märchen von der Kostenexplosion, Frankfurt am Main 1998, S. 95 ff.

2. Neben-Lohnkosten sind immer auch Neben-einkommen: Das erst ist die ganze Wahrheit

Zur Auflösung des Dogmas von den Lohn-Nebenkosten ist eine Darstellung und eine Erläuterung der Tatsache notwendig, dass die Lohn-Nebenkosten eben nicht nur eine, sondern zwei Seiten haben: Sie sind auch Neben-Einkommen. Sozialabgaben sind immer auch Konsumnachfrage. Das erst ist die ganze Wahrheit.

Man kann diese zweite Seite der Sozialabgaben, ihre Rolle als Konsumnachfrage besonders augenfällig im Gesundheitswesen beobachten: Die dortige Umwandlung der Sozialbeiträge zur Krankenversicherung in Sachleistungen der Krankenversicherung hat eine Wachstumsbranche ersten Ranges entstehen lassen – die so genannte Gesundheitswirtschaft.³

Deren Güter und Dienste sind reales Einkommen, Realeinkommen der sozialversicherten Patientinnen und Patienten, sind Teile des Gesamteinkommens und damit der Kaufkraft und der Inlandsnachfrage der privaten Haushalte.

³ Vgl. Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen (Hrsg.): Gesundheitswesen in Deutschland – Kostenfaktor und Zukunftsbranche, Bd. I, Baden-Baden 1996, S. 25 ff.

Wer hier Zweifel hat, sollte nur ein einziges Mal an das denken, was alles das Steuerrecht unter dem Einkommensbegriff subsummiert.

Manche Sparextremisten und manche Neoliberalen leugnen mittlerweile auch gar nicht mehr, dass die Sozialbeiträge bzw. die Sachleistungen auch Einkommen und Kaufkraft sind. Was sie nur stört ist die für Beiträge im Unterschied zu Steuern bzw. Preisen typische Bindung dieser Einkommen und dieser Kaufkraft an ökonomische, soziale, medizinische, regionale etc. Sachverhalte und Eigenschaften. Es gäbe angeblich mehr Wachstum, wenn diese Einkommen und diese Kaufkraft nicht über das Transfersystem sondern über die berühmten „Märkte“ liefen oder beim Staat als „Schuldenabbau“ blieben.

Das genaue Gegenteil aber ist richtig: Nur die Bindung der Transfereinkommen und der mit diesen verbundenen Massenkaukraft garantiert und stabilisiert die bekanntlich zu schwache Inlandsnachfrage. Selbst gekürzte Rentenzahlungen sind, solange sie aus der Gesetzlichen Rentenversicherung kommen sicherer als die bloß versprochenen Zahlungen irgendwelcher Pensionsfonds aus der Kasinoökonomie der globalen Finanzmärkte.

Das US-Beispiel Millionen verarmter Pensionäre schreckt nachhaltig. Über eine Arbeitslosenversicherung durch private Versicherungskonzerne braucht man wohl gar nicht erst viele Worte zu verlieren. Und selbst fallpauschalenfinanzierte und budgetgedeckelte Krankenhäuser sind, solange sie ländergeplant und kassenfinanziert sind, „heuschreckenresistenter“ als Krankenhausketten, die nur vom Gewinnkalkül gesteuert werden und bei denen Standorte wie Socken gewechselt werden.

3. Die regionalwirtschaftliche Verteilung und Wirkung der Sozialeinkommen

Genau hier ist anzusetzen und zu fragen, wie sich die sozial gebundenen Finanzmittel der drei großen Sozialversicherungszweige Renten-, Kranken-, und Arbeitslosenversicherung im Vergleich mit anderen Teilen Deutschlands auf Nordrhein-Westfalen verteilen und wie sie dort wirken.

Karte: Nordrhein-Westfalen und Vergleichsräume 2003

Karte:
**Nordrhein-Westfalen
und
Vergleichsräume 2003**



Karte: Markus Steinmetz

Unter Kaufkraftgesichtspunkten interessieren hier zunächst die Gesamtausgaben von Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung von ihrem absoluten Volumen her.

Übersicht 1: Sozialeinkommen aus der Sozialversicherung in Nordrhein-Westfalen 2003

Wie die ganz großen Zahlen zeigen, beziehen die Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2003 ein Sozialeinkommen von insgesamt 95,4 Milliarden EUR. In dieser Höhe kommt Kaufkraft, kommt Inlandsnachfrage nach Nordrhein-Westfalen.

Der von der Einwohnerzahl her etwa vergleichbare Süden Deutschlands, also Baden-Württemberg und Bayern zusammen kommt auf 111,8 Milliarden Euro und der von der Einwohnerzahl her ebenfalls größenordnungsmäßig vergleichbare Osten kommt auf 98,1 Milliarden Euro.

Soweit es die Pro-Kopf Sozialeinkommen betrifft, liegt hier wie zu erwarten der Osten deutlich an der Spitze und Nordrhein-Westfalen vor dem Süden.

Übersicht 1:

**Sozialeinkommen aus der Sozialversicherung
in
Nordrhein-Westfalen
2003**

Einkommen Gebiete	Geld- und Sachleistungen der Gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung im Jahr 2003	
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner
Nordrhein- Westfalen ¹⁾	95,4	5277.-
Süd- Deutschland ²⁾	111,8	4842.-
Ost- Deutschland ³⁾	98,1	6447.-

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: Eigene Berechnungen; Blos, Karin: Die Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland. IAB-Forschungsbericht, Nürnberg 8/2006, sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, Bonn 2004.

Natürlich ist es auch von Interesse, welches Volumen das Erwerbseinkommen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Sozialeinkommen und im Deutschland-Vergleich aufweist.

Übersicht 2: Erwerbseinkommen aus Abhängigbeschäftigung in Nordrhein-Westfalen 2002

Nach den hier grob angenäherten Zahlen kommen zu den rund 95,4 Milliarden Euro Sozialeinkommen in Nordrhein-Westfalen noch rund 122,7 Milliarden Euro Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung.

Für Süddeutschland gelten deutlich höhere Zahlen. Ostdeutschland bleibt beim Erwerbseinkommen deutlich unter Nordrhein-Westfalen.

Übersicht 2:

**Erwerbseinkommen aus Abhängigbeschäftigung
in
Nordrhein-Westfalen
2002**

Einkommen Gebiete	Nettolöhne und Nettogehälter* im Jahr 2002	
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner
Nordrhein- Westfalen ¹⁾	122,7	6.787.-
Süd- Deutschland ²⁾	176,7	7.645.-
Ost- Deutschland ³⁾	72,3	4.752.-

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

* Angenähert aus Bruttolöhnen und Bruttogehältern der Arbeitnehmer im Produzierendem Gewerbe. Davon Nettoquote 65,2 Prozent. Multipliziert mit Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

Quelle: Eigene Berechnungen und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung sowie Statistisches Bundesamt.

Wichtig ist dabei eines:

Die Sozialeinkommen in den untersuchten Teilen Deutschlands stellen ein durchaus größenähnliches Volumen an Massenkaukraft wie die Erwerbseinkommen.

Dass in Ostdeutschland die Sozialeinkommen deutlich höher als die Erwerbseinkommen sind war zu erwarten.

Die Einkommensfunktion der Sozialfinanzen, ihre Rolle für die Inlandsnachfrage kann noch weiter verdeutlicht werden wenn man die Frage stellt, wieviele Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen, in Süddeutschland und in Ostdeutschland statistisch allein aus den Sozialeinkommen von Gesetzlicher Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung finanziert werden können.

Übersicht 3: Transferfinanzierte Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen 2003

Übersicht 3:

**Transferfinanzierte Privathaushalte
in
Nordrhein-Westfalen
2003**

Privathaushalte Gebiete	Transferfinanzierte Privathaushalte* Mio. Haushalte
Nordrhein- Westfalen ¹⁾	3,5
Süd- Deutschland ²⁾	4,2
Ost- Deutschland ³⁾	4,5

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

* Durchschnittshaushalte. Angenähert aus Sozialeinkommen der Privathaushalte insgesamt durch Konsumausgaben der Privathaushalte im Jahr 2003.

Westdeutschland: 2257.- EUR x 12 , Ostdeutschland 1828.- EUR x 12.

Quelle: Eigene Berechnungen und Statistisches Bundesamt, (Hrsg.): Datenreport 2006, Bonn 2006.

In Nordrhein-Westfalen können im Beobachtungsjahr 2003 etwa 3,5 Millionen Durchschnittshaushalte allein aus dem Sozialeinkommen finanziert werden. Insgesamt hat Nordrhein-Westfalen im Beobachtungsjahr 2003 8,4 Millionen Haushalte.⁴

In Süddeutschland können 4,2 Millionen und in Ostdeutschland 4,5 Millionen Durchschnittshaushalte durch die Sozialeinkommen allein aus der Gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung finanziert werden.

Was bedeutet dies für die Inlandsnachfrage, deren Schwäche anerkanntermaßen das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in Deutschland vorrangig beeinträchtigt?⁵

Wenn man die Hauptausgabenbereiche der Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen betrachtet, dann wird deutlich, welche unverzichtbare Bedeutung die Sozialeinkommen für Wachstum und Beschäftigung in diesem Lande haben.

⁴ Vgl. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (Hrsg.): Kreisstandardzahlen 2004, Düsseldorf 2004.

⁵ Vgl. Bofinger, Peter: A.a.O., Flassbeck, Heiner: 50 einfache Dinge, die Sie über unsere Wirtschaft wissen sollten, Frankfurt am Main 2006. und Horn, Gustav A.: Sparwut und Sozialabbau: Die deutsche Krankheit, München 2005.

Übersicht 4: Sozialeinkommensfinanzierte Konsumausgaben der Privathaushalte in Nordrhein-Westfalen 2003

Etwa 36 Milliarden Euro für Wohnen und Energie, 18 Milliarden für Ernährung und Bekleidung, 15,8 Milliarden Euro für Verkehr und 15,6 Milliarden Euro für Freizeit etc. werden rechnerisch aus dem Sozialeinkommen im Jahre 2003 in Nordrhein-Westfalen bezahlt.

Diese Sozialeinkommen werden eher von den unteren und mittleren Einkommensgruppen bezogen, bei denen die für die Inlandsnachfrage wichtigen Konsumausgaben stärker als bei den Hochverdienern ins Gewicht fallen. Sozialeinkommensabbau oder Sozialeinkommensverunsicherung durch Kaputtsparen und durch Privatisierung würden zu erheblichen Negativeffekten für die Inlandsnachfrage in diesem Lande führen. Dies gilt für die anderen Teile Deutschlands ebenso. Besonders gilt dies aber für Ostdeutschland mit seiner in besonderem Maße von der Inlandsnachfrage abhängigen Wirtschaftsstruktur.⁶

⁶ Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden 2003, Bonn 2003.

Übersicht 4:

**Sozialeinkommensfinanzierte Konsumausgaben
der Privathaushalte*
in Nordrhein-Westfalen
2003**

Gebiete	Konsumbereiche	Wohnen, Energie, Wohnungsin- standhaltung, Innenausstat- tung, Haushalts- geräte, Haushalts- gegenstände	Nahrungs- mittel, Tabakwaren, Bekleidung, Schuhe	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Freizeit, Unterhaltung, Kultur, Beherber- gung und Gaststätten
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	
Nordrhein- Westfalen ¹⁾	36,0	18,0	15,8	15,6	
Süd- Deutschland ²⁾	43,2	21,6	19,0	18,7	
Ost- Deutschland ³⁾	36,3	20,4	17,3	17,2	

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

* Angenähert aus transferfinanzierte Privathaushalten mal durchschnittliche Konsumausgaben der Privathaushalte nach Konsumbereichen 2003.

Quelle: Eigene Berechnungen und Statistisches Bundesamt, (Hrsg.): Datenreport 2006, Bonn 2006.

4. Die Sozialfinanzierte Gesundheitswirtschaft als Arbeitgeber am Beispiel Nordrhein-Westfalens

Ein besonderer Dauerbrenner der Lohn-Nebenkostendebatte sind die „Gesundheits-Kosten“ und ihre immer wieder behaupteten, aber gar nicht erfolgten „Explosionen“.⁷

Es war ein langer Weg von den ersten Untersuchungen und Veröffentlichungen über die Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der Sachleistungswirtschaft im Gesundheitswesen⁸ bis zum „Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW des Jahres 2004.“⁹

Dort wird aufgezeigt, welche große Bedeutung die vorwiegend sozialfinanzierte Gesundheitswirtschaft als Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen besitzt.

Übersicht 5: Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft in Nordrhein-Westfalen 2003

⁷ Vgl. Braun et al.: Das Märchen von der Kostenexplosion, Frankfurt am Main 1998.

⁸ Vgl. Goeschel, Albrecht: Die Bedeutung des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung für die Regionalwirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn 3/4 -1985 und derg.: Gesundheitswirtschaft und Arbeitsmarkt: Beitrag des Gesundheitswesens zur Regionalentwicklung. In: Der Landkreis, Stuttgart 4-1984.

⁹ Vgl. Projektgruppe Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW (Hrsg.): Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW, Düsseldorf 2004.

Übersicht 5:

**Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft
in
Nordrhein-Westfalen
2003**

Bereiche der Gesundheitswirtschaft	Erwerbstätige*
Stationäre und teilstationäre Versorgung	439.100
Ambulante Versorgung	290.000
Verwaltung/Versicherung	88.700
Medizin- und Gerontotechnik, Gesundheitshandwerk	49.700
Apotheken	44.400
Handel mit Gesundheitsprodukten	33.800
Pharmazeutische Industrie	14.100
Sport, Freizeit, Wellness	13.400
Forschung	8.400
Gesundheitstourismus	8.300
Sonstige	7.700
Rettungsdienste	2.800
Gesamt	1.000.900

* Davon 80,9 Prozent sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 14, 1 Prozent geringfügig Beschäftigte und 5 Prozent Selbstständige.

Quelle: Projektgruppe Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW (Hrsg.):
Masterplan Gesundheitswirtschaft NRW, Düsseldorf 2004.

Es ist zweifelsohne erst die Umsatzsicherheit durch die Gesetzliche Krankenversicherung, die ein derartiges Beschäftigungsvolumen in der Gesundheitswirtschaft ermöglicht hat: Sparexzesse und Privatisierungswellen würden das Gegenteil bewirken und über die dann auch dünner fließenden Krankenkassenbeiträge der Gesundheitsbeschäftigten eine Abwärtsspirale in Gang setzen.

5. Die regionale Umverteilung innerhalb der Sozialfinanzen zwischen den Bundesländern am Beispiel Nordrhein-Westfalens

Natürlich werden die Finanzmittel der Sozialversicherung und die damit verbundene Inlandsnachfrage nicht aus dem „Nichts“ gezaubert.

Sie werden über die Sozialbeiträge der Unternehmen einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer als öffentlicher Preis der Ware Arbeit bezahlt und folgerichtig von der Seite der Arbeitgeber Tagelöhner bejammert – das ist nichts neues.

Richtig interessant wird es aber erst, das zeigt der Kampf der Ministerpräsidenten um oder gegen den Gesundheitsfonds, wenn man danach fragt, wie sich die Sozialabgaben räumlich verteilen, welche Regionen bzw. welche Länder in Deutschland mehr Sozialbeiträge aufbringen als sie Sozialleistungen vereinnahmen bzw. welche Regionen oder Länder in Deutschland im Transferbereich mehr Inlandsnachfrage verlieren als sie Inlandsnachfrage gewinnen.

Übersicht 6: Sozialabgaben an die Sozialversicherung in Nordrhein-Westfalen 2003

Ohne Zweifel berappt Nordrhein-Westfalen mit 75,5 Milliarden Euro Sozialabgaben einen Großteil seiner Sozialeinnahmen in Höhe von 95,4 Milliarden Euro selbst – Nordrhein-Westfalen ist aber dennoch ein Gewinner in diesem regionalen Umverteilungsspiel. Wie sich für Nordrhein-Westfalen und wie sich für Süddeutschland und wie sich für Ostdeutschland die Schlussbilanzen von Sozialeinkommen und von Sozialabgaben darstellen, zeigt die folgende Übersicht.

Übersicht 7: Bilanz der Sozialeinkommen und der Sozialabgaben in der Sozialversicherung in Nordrhein-Westfalen 2003

Übersicht 6:

**Sozialabgaben an die Sozialversicherung
in
Nordrhein-Westfalen
2003**

Abgaben Gebiete	Beitragseinnahmen und sonstige Einnahmen der Gesetzlichen Renten-, Kranken und Arbeitslosenversicherung im Jahr 2003*	
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner
Nordrhein- Westfalen ¹⁾	75,5	4176.-
Süd- Deutschland ²⁾	102,9	4452.-
Ost- Deutschland ³⁾	64,4	4229.-

* Ohne Bundeszuschüsse am Wohnort.

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: Eigene Berechnungen; Blos, Karin: Die Bedeutung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungssysteme für die Regionen in Deutschland. IAB-Forschungsbericht, Nürnberg 8/2006, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004, Bonn 2004.

Übersicht 7:

**Bilanz der Sozialeinkommen und der Sozialabgaben
in der Sozialversicherung in
Nordrhein-Westfalen
2003**

Gebiete	Bilanz	Geld- und Sachleistungsausgaben der Sozialversicherung	Beitragseinnahmen und sonstige Einnahmen der Sozialversicherung	Leistungs- ./ Einnahmen ausgaben	
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	EUR je Einwohner
Nordrhein-Westfalen ¹⁾	95,4	75,5	+19,9		+1101.-
Süd-Deutschland ²⁾	111,8	102,9	+8,9		+390.-
Ost-Deutschland ³⁾	98,1	64,4	+33,7		+2218.-

1) Einwohner 2003: 18,0 Mio.

2) Einwohner 2003: 23,1 Mio. Baden-Württemberg und Bayern

3) Einwohner 2003: 15,2 Mio. Berlin-Ost, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Diese Schlussbilanz zeigt noch einmal, dass und in welchem Umfang und Ausmaß Nordrhein-Westfalen ein Gewinner der interregionalen Transferströme ist und das Nordrhein-Westfalen diesbezüglich vor Süddeutschland liegt.

Karte: Sozialeinkommens-Gewinne Nordrhein-Westfalens und der Vergleichsräume 2003

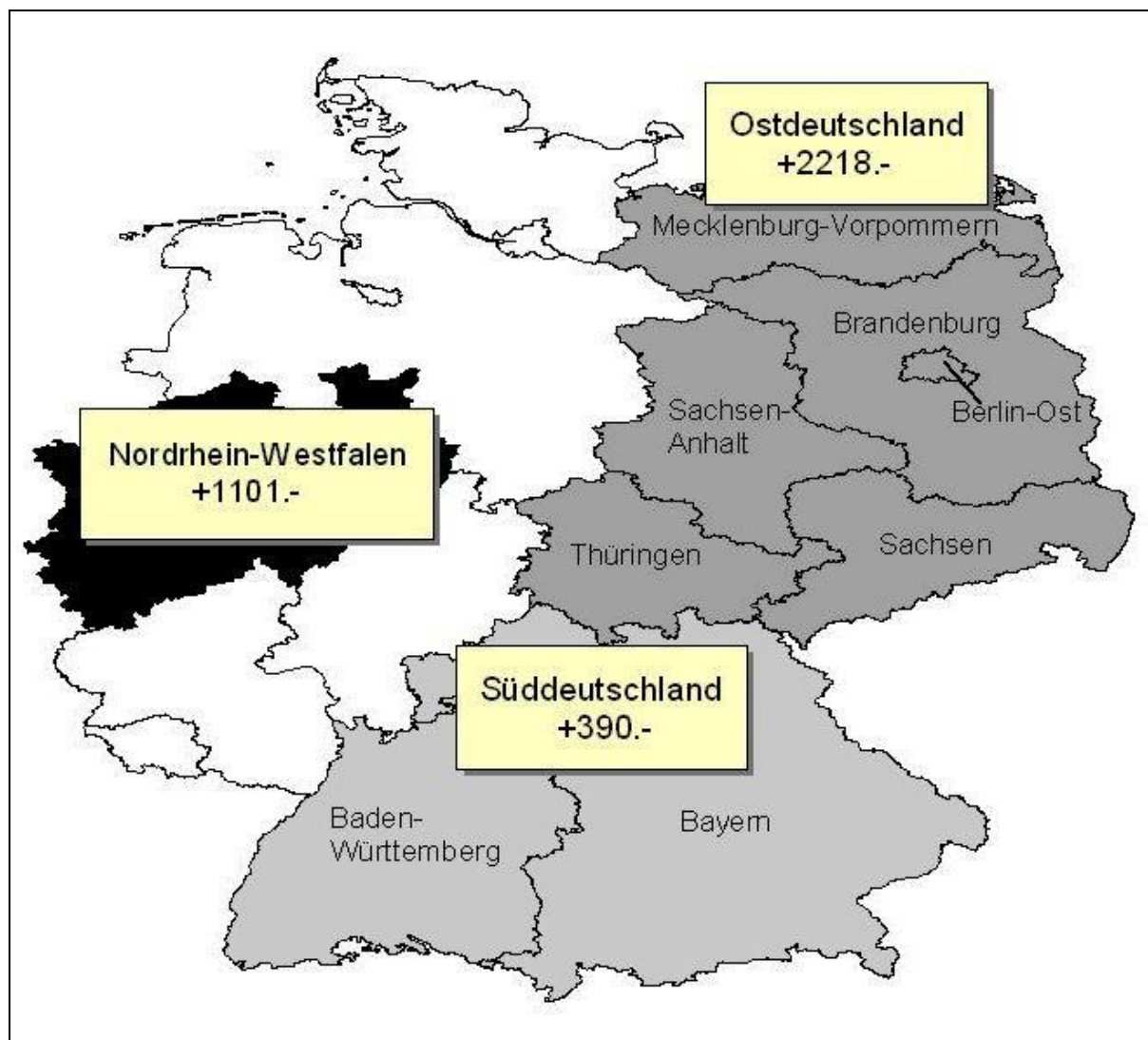
Die Spitzenstellung Ostdeutschlands als Gewinner zeigt dabei deutlich, was immer wieder kritisch angemerkt wird, dass nämlich die Kosten der Wiedervereinigung Deutschlands auf zu weite Strecken über die Sozialversicherungssysteme finanziert worden sind und finanziert werden.

6. Defizit der Bundeszuschüsse gegenüber den Versicherungsfremden Leistungen als heimlicher Inhalt der Lohn-Nebenkosten-Debatte

Natürlich müssen nicht nur die Sozialeinkommensgewinne Ostdeutschlands sondern auch diejenigen Süddeutschlands und diejenigen Nordrhein-Westfalens, soweit sie nicht von den anderen Ländern finanziert werden, gleichwohl aufgebracht werden.

Karte:

Sozialeinkommens-Gewinne*
Nordrhein-Westfalens
und der
Vergleichsräume
2003



Karte: Markus Steinmetz

* EUR je Einwohner.

Diese Plus-Finanzierung der Sozialeinkommen und der damit verbundenen Massenkaukraft in den Gewinner-Ländern erfolgt durch die „Bundeszuschüsse“ zur Gesetzlichen Rentenversicherung, zeitweilig zur Gesetzlichen Krankenversicherung und auch zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Im Jahre 2003 betragen allein die Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung bereits etwa 61,2 Milliarden Euro¹⁰ bundesweit.

Bei diesen Bundeszuschüssen handelt es sich um Ausgleichszahlungen des Bundeshaushaltes an die Sozialversicherungen für solche Leistungen, die von der Sozialversicherung zwar im Rahmen der Sozialeinkommen bezahlt oder erbracht werden, die aber eigentlich Sache des Staates wären – d.h. um die sogenannten „Versicherungsfremden Leistungen“, für die eigentlich keine Beitragszahlungen herangezogen werden dürften.

Interessant ist nun, dass nach Auffassung der meisten Experten diese Bundeszuschüsse gar nicht ausreichen, um die Versicherungsfremden Leistungen zu finanzieren.¹¹

¹⁰ Vgl. Blos, Kerstin: A.a.O

An dieser Stelle wird nun das politische Interesse des Bundes an der Lohn-Nebenkosten-Debatte klar: Diese Debatte lenkt vorzüglich davon ab, dass der Bund und sein Haushalt sich aus den Sozialbeiträgen der Sozialversicherungen bedienen und diese dann natürlich nicht reichen und steigen.¹²

Der Arbeitgeberseite ist der Preis der Ware Arbeit, in welcher Form auch immer, sowieso stets zu hoch und den Privaten Versicherungskonzernen und den Internationalen Pensionsfonds etc. wird angesichts der gewaltigen, aber zum Glück für Nordrhein-Westfalen und für Deutschland noch immer sozial „gebundenen“ Transfermilliarden ganz schwindelig vor Gier – sie wollen diese Transfermilliarden natürlich lieber heute als morgen „befreien“.

Vortrag
Soziales Forum Nordrhein-Westfalen 2006
des
Sozialverbandes VdK Nordrhein-Westfalen
Steigenberger Parkhotel Düsseldorf
24. November 2006

Alle Rechte an diesem Text liegen bei Prof. Goeschel.

¹¹ Vgl. Blos, Kerstin: A.a.O

¹² Vgl. Beske, Fritz: Ohne Staatszugriff genug Geld in den Kassen: Verschiebebahnhof und versicherungsfremde Leistungen als Ursache für die Finanzkrise der Krankenversicherung. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Mit weniger Kassen zu besseren Leistungen?, München 2004
Schmähl, Winfried: Weiter Raubbau an den Sozialbudgets? Beitragsfinanzierung von Staatsausgaben erzeugt erst das Lohnnebenkostenproblem. Vortrag. Sozialverband VdK Bayern, Tutzing 22. März 2006
sowie Rehfeld, Uwe: Versicherungsfremde Leistungen strapazieren die Finanzen der Rentenversicherung: Ausmaß und Bedeutung nicht beitragsfinanzierter Leistungen. In: Sozialverband VdK Bayern (Hrsg.): Politik als Risiko für die Renten, München 1998.